

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	IX
Literaturverzeichnis	XV
A. Einführung	1
B. Allgemeine Definition staatlicher Beihilfen gem. Art. 92 Abs. 1 EGV ("gewährte Beihilfen")	7
C. Anwendung auf staatliche Kapitalbeteiligungsmaßnahmen	21
I. Einführung	21
II. Gewährungsformen	22
1. Leistungs- bzw. Investitionssachverhalte	22
a. Einführung	22
b. Anteilerwerb oder -veräußerung	22
c. Gründung eines Unternehmens durch den Staat	25
d. Kapitalerhöhung	27
e. Einfache Kapitalzuführungen	27
f. Ergebnis	29
2. Verschonungssachverhalte	30
a. Einführung	30
b. Belassungssachverhalte	30
c. Ergebnis	38
3. Sonderfall: Gesetzliche Verpflichtung des Staates, für die Verbindlichkeiten seines Unternehmens in voller Höhe einzustehen oder das Unternehmen entsprechend auszustatten	38
4. Zusammenfassung	41
III. Begünstigungscharakter staatlicher Kapitalbeteiligungen	41
1. Einführung	41
2. Definition des Begünstigungscharakters staatlicher Kapitalbeteiligungen	41
a. Vergleich mit dem Verhalten eines privaten Investors	41
b. Wertmaßstab: Substanz- und Ertragswert	48

c. Grenze der gem. Art. 92 Abs. 1 zulässigen Höhe einer staatlichen Investition im Verhältnis zum Ertragswert des Unternehmens	51
aa. Einführung	51
bb. Eingrenzung des normalen Investitionsverhaltens Privater	53
(1) Möglichst hoher subjektiver Wertvorteil für jeden Geschäftspartner (Pareto-Effizienz)	53
(2) Allgemeine Marktwerte	53
(3) Ergebnis	54
cc. Anwendung auf staatliche Kapitalbeteiligungen	55
(1) Marktüblicher Wert vergleichbarer Investitionen nur innerhalb einer mehr oder minder großen Bandbreite feststellbar	55
(2) Investitionen in ertragsschwachen Branchen	58
(3) Bisherige Ertragslage, Verschuldungsgrad und Kreditwürdigkeit des Unternehmens	59
(4) Synergieeffekte	60
(5) Beihilfenrechtliche Relevanz der Absichten des staatlichen Investors für die zukünftige Unternehmensführung	62
d. Ergebnis	64
3. Prüfungsablauf und materielle Bewertungselemente im einzelnen	65
a. Rahmen für eine rechtssichere Prognose	68
aa. Kriterien des Erlös-Bereiches	68
(1) Entwicklung der Nachfrage auf dem belieferten Absatzmarkt	68
(2) Wettbewerbssituation (Schätzung des zukünftigen Marktanteils)	69
(3) Preisentwicklung am Absatzmarkt (Schätzung der zukünftigen Verkaufspreise)	70
bb. Kriterien des Aufwand-Bereiches (Schätzung der zukünftigen Kosten der Leistungserstellung)	71
(1) Übersicht	71
(2) Lerneffekte	72
(3) Reduzierung der Kosten durch spezifische, quantifizierbare Maßnahmen	72
(4) Investitionen in neue Anlagen	72
(5) Rückgang von Kosten	73
(6) Erhöhung des Umsatzes	73
(7) Steuern	73
cc. Besondere Einflußgrößen des Aufwand- und Erlösbereiches	74
b. Bildung des Gegenwartswertes von zukünftigen Erträgen (Diskontierung)	75
aa. Begriff der Diskontierungsrate	75
bb. Inflation	76

cc. Risiken	76
(1) Systematische Risiken	76
(2) Unsystematische Risiken	77
c. Grenzen zulässiger Investitionsrisiken	78
4. Anwendungs-Fallgruppen	81
a. Gesellschaftsrechtliche Form der Beteiligungsmaßnahme	81
aa. Gründung eines Unternehmens	82
bb. Kapitalerhöhung	83
cc. Kapitalschnitt	84
dd. Scheinbare Neugründung auf der Grundlage eines liquidierten Unternehmens	84
b. Vermutungstatbestände / Standpunkt der EG-Kommission	85
aa. Einführung	85
bb. Einzelne Fallgruppen	87
(1) Fälle, in denen es sich zwingend um nicht vertragswidrige staatliche Beihilfen handelt?	87
(2) Fälle, bei denen es sich zwingend um vertragswidrige staatliche Beihilfen handelt?	91
(3) Fälle, in denen die EG-Kommission eine im Einzelfall widerlegbare Vermutung annimmt, daß es sich um eine Beihilfe handelt ("Vermutungstatbestände")	95
cc. Ergebnis:	96
5. Zusammenfassung	97
D. Zurechnung zum Staat ("staatliche oder aus staatlichen Mitteln gewährte" Beihilfen)	99
I. Einführung	99
II. Allgemeine Definition der Zurechnungstatbestandsmerkmale	100
1. "staatlich"	100
2. "aus staatlichen Mitteln gewährt"	100
3. Ergebnis	102
III. Mittelbar staatliche Investitionen durch Unternehmen	102
1. Problemstellung	102
2. Fälle staatlicher Anweisung oder Mittelbereitstellung	103
3. Beherrschender staatlicher Einfluß auf das investierende Unternehmen	105
4. Staatliche Sperrminorität	107
5. Zusammenfassung	116

E. Begünstigungsempfänger: "Bestimmte Unternehmen oder Produktionszweige"	119
F. Wettbewerbsverfälschung (...den Wettbewerb verfälschen oder zu verfälschen drohen)	123
I. Schutzgegenstand Wettbewerb	123
II. Die Wettbewerbswirkungen von Beihilfen	129
III. Sind staatliche Beihilfen per se wettbewerbsverfälschend?	132
1. Kompensation der wettbewerbsverfälschenden durch positive Wirkungen einer Subvention ?	133
2. Sind Beihilfen unabhängig von ihrem Umfang per se wettbewerbsverfälschend?	138
3. Ergebnis	139
IV. Spürbarkeit ?	140
V. Relevanter Markt ?	150
VI. Drohen der Wettbewerbsverfälschung genügt	152
VII. Ergebnis	153
G. Beeinträchtigung des innergemeinschaftlichen Handels	155
I. Funktion des Tatbestandsmerkmals der Handelsbeeinträchtigung	155
II. Materiellrechtliche Abgrenzung der Handelsbeeinträchtigung	156
III. Zeitrahmen: Aktuelle und potentielle Beeinträchtigungen	158
H. Kollision von Beihilfenverbot gem. Art. 92 und Schutz nationaler Eigentumsordnung gem. Art. 222 bei staatlichen Kapitalbeteiligungsmaßnahmen?	161
I. Problemstellung	161
II. Anwendungsbereich von Art. 222	162
III. Ergebnis	169

J. Ausnahmen für nationale Beihilfen	171
I. Grenzen des Anwendungsbereichs von Art. 92	171
II. Ausnahmetatbestände gem. Art. 92 Absätze 2 und 3	172
1. Art. 92 Abs. 2	173
2. Art. 92 Abs. 3	173
a. Ausnahmen gem. Art. 92 Abs. 3 Buchstabe a	175
b. Ausnahmen gem. Art. 92 Abs.3 Buchstabe c	175
c. Ausnahmen gem Art. 92 Abs. 3 Buchstabe b.	181
d. Ausnahmen gem. Art. 92 Abs. 3 Buchstabe d.	181
III. Keine zentrale Industriepolitik der EG-Kommission mit Hilfe der Ausnahmebestimmungen zum Beihilfenverbot	182
IV. Ergebnis	185
K. Ablauf des Beihilfenkontrollverfahrens	187
I. Einleitung	187
II. Einleitung der Beihilfenkontrolle	189
1. Notifizierung	190
2. Anderweitige Information der EG-Kommission	192
3. Folgen unterlassener Notifizierung	193
III. Vorgerichtliche Prüfung durch die EG-Kommission	194
1. Vorprüfungsphase	194
2. Förmliches Prüfungsverfahren gem. Art. 93 Abs.2	199
IV. Handlungsmöglichkeiten der EG-Kommission	203
1. Abstrakte Stellungnahmen	203
2. Entscheidung im Einzelfall nach Abschluß der Ermittlungen	204
3. Entscheidung bei Mißachtung der Notifizierungs- oder Stillhaltepflicht	205
V. Gerichtliche Überprüfung	209
1. Rechtsschutz für Mitgliedstaaten und Kommission	209
2. Rechtsbehelfe betroffener Konkurrenzunternehmen	210
3. Grenzen richterlicher Beurteilung	220

VI. Ergebnis	225
L. Zusammenfassung	227